## Nuklearwaffen in Pakistan bleiben Sicherheitsrisiko

Nuklearwaffen in Pakistan bleiben Sicherheitsrisiko<br /><br />Schutz ist von höchster Bedeutung für die internationale Sicherheit<br />Militante Islamisten haben im pakistanischen Kamra versucht, einen Luftwaffenstützpunkt unter ihre Kontrolle zu bringen, in dem vermutlich auch Nuklearwaffen lagern. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder:<br />"Der Vorfall in Kamra zeigt erneut, welche Gefahren von Übergriffen militanter Islamisten auf pakistanische Militäreinrichtungen ausgehen. Der Schutz dieser Anlagen ist von höchster Bedeutung für die internationale Sicherheit, besonders wenn dort die Lagerung von Nuklearwaffen vermutet wird. Die pakistanische Regierung muss in ihrem Bemühen unterstützt werden, radikalen Islamisten den Zugang zu Militärpotentialen zu verwehren und militante Gruppen dauerhaft zu entwaffnen. <br />Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Vorfall auch eine Mahnung, das Ziel einer weltweiten nuklearen Abrüstung weiter mit Nachdruck zu verfolgen. Dabei kooperieren wir eng mit unseren Partnern in NATO und EU, besonders im Hinblick auf die Durchsetzung des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages. Nukleare Abrüstung ist gerade in den Regionen notwendig, in denen zwischenstaatliche Konflikte schwelen oder Staaten ihre innere und äußere Sicherheit nicht nachhaltig gewähren können.<br />Die Stabilität Pakistans ist zugleich von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Nachbarlandes Afghanistan. Die Herstellung innerer Sicherheit in Afghanistan hängt untrennbar mit der Bekämpfung militanter Islamisten in Pakistan zusammen. Gerade deswegen muss die internationale Gemeinschaft Vorfälle wie jenen in Kamra aufmerksam verfolgen."<br />Hintergrund:<br />Am Donnerstag hat eine Gruppe bewaffneter Islamisten den Luftwaffenstützpunkt Kamra 75 Kilometer nordwestlich der pakistanischen Hauptstadt Islamabad angegriffen. Dort werden vermutlich auch Nuklearwaffen gelagert. Bei den Gefechten mit der Armee starben neun Angreifer. Sicherheitskräfte meldeten fünf getötete Soldaten. Pakistanische Taliban haben die Verantwortung für den Übergriff übernommen. Die Sicherheitskräfte konnten die Kontrolle über die Anlage schließlich wieder herstellen.<br /><br />Kontakt:<br />CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag<br />Platz der Republik 1<br />11011 Berlin<br />Deutschland<br />Telefon: 030/227-52267<br />Telefax: 030/227-56115<br />Mail: fraktion@cducsu.de<br />URL: http://www.cducsu.de <i mg src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=504862" width="1" height="1">

### Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

### Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

CDUDie Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.CSUWurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.